



Medienmitteilung Communiqué de presse

telefax • telefax • telefax • telefax • telefax • telefax • telefax • telefax

14. Juli 2014

Die Staatsanwaltschaft für die Verfolgung von Wirtschaftsdelikten teilt mit:

Kanton Bern

Strafuntersuchung im Fall KPT abgeschlossen

Gegen den ehemaligen Präsidenten sowie den ehemaligen Vizepräsidenten des Verwaltungsrats der KPT wird beim Wirtschaftsstrafgericht des Kantons Bern Anklage wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung erhoben.

Die Kantonale Staatsanwaltschaft für die Verfolgung von Wirtschaftsdelikten hat Anklage gegen den ehemaligen Präsidenten sowie den ehemaligen Vizepräsidenten des Verwaltungsrats der KPT Versicherungen AG und der KPT/CPT Holding AG erhoben. Sie werden sich vor dem Wirtschaftsstrafgericht des Kantons Bern (in Dreierbesetzung) wegen qualifizierter ungetreuer Geschäftsbesorgung zu verantworten haben. Die Anschuldigungen stehen im Zusammenhang mit den schlussendlich abgebrochenen Zusammenschlussverhandlungen der KPT Gruppe mit der Sanitas Gruppe. Den beiden Beschuldigten wird vorgeworfen, ihre Pflichten als Verwaltungsräte gleich in mehrfacher Hinsicht verletzt zu haben. So sollen sie den Mitarbeiteraktionären einen überhöhten Aktienrückkaufpreis anboten haben. Ferner sollen sie zum Nachteil der KPT Versicherungen AG der KPT/CPT Holding AG ein ungesichertes Darlehen in zweistelliger Millionenhöhe gewährt haben. Schliesslich wird ihnen zur Last gelegt, sie hätten, mit einer Ausnahme, sämtlichen Verwaltungsräten überhöhte Abgangsschädigungen zukommen lassen.

Das Verfahren betreffend den Vorwurf der ungetreuen Geschäftsbesorgung im Zusammenhang mit wiederkehrenden Entschädigungen aus zusätzlichen Mandatsverträgen wurde eingestellt.

Die Untersuchung gegen die Beschuldigten wurde anfangs März 2012 gestützt auf eine Anzeige der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA eröffnet. Diese hatte mit Verfügung vom 6. Januar 2012 ein umfangreiches Verwaltungsverfahren gegen die KPT Versicherungen AG sowie drei Führungspersonen derselben abgeschlossen, in dessen Rahmen schwere Pflichtverletzungen festgestellt worden waren.

Für Auskünfte steht Ihnen bis 11.30 Uhr der Informationsbeauftragte der Staatsanwaltschaft, Christof Scheurer, unter der Nummer 031 380 87 14 zur Verfügung.